



Versammlungsfreiheit auf dem Prüfstand!

Ein kürzliches Urteil des Landesgerichts Linz gefährdet auf bedenkliche Weise das verfassungsrechtlich garantie Recht auf Versammlungsfreiheit, einer Säule jeder Demokratie.

Die Beklagten **Renate Zittmayr** und **Inge Rauscher** geben bekannt, daß sie gegen das Urteil Revisionsrekurs eingelegt haben beim österreichischen Höchstgericht, dem Obersten Gerichtshof.

Am 11. April 2024 führten die Aktivistinnen Renate Zittmayr und Inge Rauscher im Rahmen der Wahlwerbung für die Kandidatur von „**ÖXIT EU-AUSTRITT FÜR ÖSTERREICH**“ bei der Wahl zum Europäischen Parlament (9.6.2024) eine von vielen ordnungsgemäß bei der zuständigen Landespolizeidirektion gemeldeten Info-Stand-Kundgebungen auch in Linz neben dem Neuen Rathaus durch. Die Stadt Linz erklärte jedoch den Kundgebungs-Standort, der seit Jahrzehnten von täglich hunderten Passanten und auch immer wieder verschiedenen Versammlungsveranstaltern genutzt wird, als Privatgrund, auf dem keine Versammlungen durchgeführt werden dürfen. Es finden dort sogar immer wieder Flohmärkte statt.

Dennoch brachte die Stadt Linz eine Klage wegen Besitzstörung ein, um die friedliche Versammlung der ÖXIT-Betreiber im Nachhinein für illegal erklären zu können, was wohl auch gravierende Auswirkungen für die Zukunft auch auf andere Versammlungsbetreiber in der Nähe von Amtshäusern hätte. Die Klage

der Stadt Linz, vertreten durch RA. Dr. Manfred Harrer, wurde in erster Instanz, dem **Bezirksgericht Linz-Urfahr**, per Endbeschuß vom 17.2.2025 von der zuständigen Richterin abgewiesen und die Beklagten freigesprochen. Die Stadt Linz legte jedoch einen Rekurs gegen diesen Beschuß des Erstgerichts beim **Landesgericht** ein. Daraufhin

Der Revisionsrekurs der Betreiber wurde für unzulässig erklärt. Dagegen haben diese jetzt den **Obersten Gerichtshof** angerufen per **außerordentlichem Revisionsrekurs**. Ihre Wiener Rechtsanwältin, **Dr. Eva Maria Barki**, führt darin wörtlich an:

„Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention normiert, daß alle Menschen das Recht haben, sich zu versammeln und sich mit anderen zusammenzuschließen, wobei die Ausübung dieses Rechts keinerlei Einschränkungen unterworfen werden darf, außer zum Schutze von der Sicherheit und Ordnung sowie zum Schutz und der Rechte und der Freiheiten anderer. Wenn auch der Revisionsrekurs in Besitzstörungsstreitigkeiten unzulässig ist, so kann ein außerordentlicher Revisionsrekurs in Rechtsfragen von erheblicher Bedeutung zulässig sein, insbesondere, wenn eine Abweichung von der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs vorliegt bzw. wenn eine Entscheidung fehlt, die auf den konkreten Sachverhalt zutrifft.“



wurde vom Landesgericht Linz der Beschuß des Erstgerichts **teilweise abgeändert** dahingehend, daß die Beklagten den Besitz der Stadt Linz am Kundgebungs-Standort neben dem Rathaus gestört hätten und wurden sie schuldig erkannt, weitere derartige oder ähnliche Störungen zu unterlassen.

Gleichzeitig wurde vom Landesgericht Linz jedoch festgestellt, daß die Beklagten den ungestörten Umgang im Gebäude (Neues Rathaus) **nicht gestört** haben und wurde das diesbezügliche Klagebegehren der Stadt Linz abgewiesen.

Inhaltsverzeichnis:

- Reflexionen über den Zustand unseres Abendlandes**
von Edith Pekarek
- Danke an unsere Wegbegleiter**
- Buch-Vorstellung „Bereit sein“**
- Schreiben eines Mitbürgers**
- Ist die Neutralität mit EU vereinbar?**

Die Entscheidung weicht von der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs ab, welche in zahlreichen Entscheidungen das verfassungsgesetzlich gewährleistete Versammlungsrecht betont hat, welches auch in Artikeln der Grundrechtecharta verankert ist. Die vom Rekursgericht ausgesprochene Erklärung, dass der Revisionsrekurs gemäß § 528 Abs 2 Z 6 ZPO unzulässig ist, ist daher rechtsirrig. Ich stelle daher den **Antrag**, dass der Revisionsrekurs für zulässig erklärt wird. Die Gründe für die Zulässigkeit des außerordentlichen Revisionsrekurses sind somit gegeben. Ich stelle daher den **Antrag**, den Ausspruch über die Unzulässigkeit des Revisionsrekurses dahingehend abzuändern.

Gleichzeitig stelle ich an den OGH den **Antrag**, den Beschuß über die angefochtene Stattgebung des Revisionsrekurses aufzuheben und festzustellen, daß die Versammlung am 11.4.2024 in Linz, Hauptstraße 1-5, Neues Rathaus, rechtmäßig war, und den Antrag der klagenden Partei auf Feststellung der Besitzstörung abzuweisen und die klagende Partei zum Ersatz der Kosten des Verfahrens binnen 14 Tagen zu verurteilen.“

Zur politischen Dimension dieses umfangreichen Verfahrens: Man muß sich das einmal vorstellen, daß eine vom Steuerzahler finanzierte Stadtverwaltung öffentlich genutzten Grund zum Privateigentum erklärt, um damit wahlwerbende Versammlungen eben dieser Steuerzahler unterbinden zu können. Im Zuge des Verfahrens sagte ein Beamter der Stadt Linz aus, „Ja, wenn sie den Bürgermeister gefragt und er es genehmigt hätte, dann wär es sicher gegangen.“ Politische Versammlungen sind aber nicht genehmigungspflichtig - dann wären sie ja nicht „frei“! Sie sind nur meldepflichtig an die jeweils zuständige Sicherheitsbehörde (meist die Landespolizeidirektion), was im konkreten Fall von den Betreibern natürlich fristgerecht beachtet worden war.

Wir leisten diesen Rechtskampf für die **Versammlungsfreiheit vor Amtshäusern** nicht nur für „uns“, sondern für alle politischen Gruppierungen in Österreich, die für Wahlen oder Volksbegehren Unterstützungserklärungen von Bürgern in Amtshäusern beibringen müssen. Dafür sind Versammlungen ebendort

notwendig! Bitte helfen Sie mit, die beträchtlichen Kosten dafür mitzutragen; rund 2.000,- € sind uns daraus bisher bereits erwachsen; weitere Kosten würden entstehen, sollten wir in dieser Angelegenheit auch

den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg (keine EU-Institution!) anrufen müssen. Vielen Dank im voraus!

**Renate Zittmayr
und Inge Rauscher**

Zur Erinnerung an die Nationalfeiertags-Feier der Initiative Heimat & Umwelt I.H.U des Neutralen Freien Österreichs N.F.Ö und der Akademie für Gesellschaft und Politik am 26. Oktober 2025 in Wien beim Oberen Belvedere anlässlich von 70 Jahren Staatsvertrag und 70 Jahren Neutralitätsgesetz.



Österreichische Bundeshymne

Land der Berge, Land am Strome,
Land der Äcker, Land der Dome,
Land der Hämmer, zukunftsreich!
Heimat bist du großer Söhne,
Volk, begnadet für das Schöne,
vielgerühmtes Österreich,

Heiß umfehdet, wild umstritten
liegst dem Erdteil du inmitten,
einem starken Herzen gleich.
Hast seit frühen Ahnentagen
hoher Sendung Last getragen,
vielgeprüftes Österreich,

Mutig in die neuen Zeiten,
frei und gläubig sieh uns schreiten,
arbeitsfroh und hoffnungsreich.

Einig laß in Brüderchören,
Vaterland, dir Treue schwören,
vielgeliebtes Österreich.

Reflexionen über den Zustand unseres Abendlands

Huntington, Sarrazin, Birnleitner – Prognosen, Bilanzen, Lösungen

von Edith Pekarek, im August 2025

Die westlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind metaphysisch erschöpft. Die demografische Entwicklung ist durch Geburtendefizit und Masseneinwanderung außer Kontrolle. Klima- und Genderideologie zerstören Wirtschaftssystem und Gesellschaftsordnung. Eine nihilistische Grundstimmung verhindert jegliche Zukunftsvision. Der noch vorhandene Wohlstand lenkt vom Bewusstwerden der Gefahrenlage ab. Die drei hier zitierten Autoren sind „Rufer in der Wüste“, die mit Analysen der gegebenen Fakten, den daraus entwickelten Prognosen, erstellten Bilanzen und dem Suchen nach Möglichkeiten zur Beseitigung von Fehlentwicklungen unbedingt gehört werden müssen.

Samuel Huntington, Kampf der Kulturen (1996) [1]

Huntington, US-amerikanischer Politologe, versuchte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs (1989) und dem Untergang der Sowjetunion (1991) eine Prognose der „**Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jh.**“ zu stellen. Nach dem Kalten Krieg würden seiner Meinung nach Konflikte nicht mehr durch Ideologien, wie dem Kommunismus, ausgelöst werden, sondern durch Zusammenprall der bestehenden acht unterschiedlichen Kulturregionen. Dabei könnten sowohl deren **Kernstaaten** aneinandergrenzen als auch **Bruchlinienkämpfe** entstehen, etwa zwischen dem Christentum und dem Islam. Nach der Phase der bipolaren Machtzentration würde es künftig eine **multipolare Weltordnung** geben. Kritiker bezeichneten seine Überlegungen als „Handbuch für amerikanische Präsidenten“ zur globalen Verbreitung der liberalen westlichen Demokratie - auch mit militärischen Mitteln - im Sinn der Neocons. Seiner Meinung nach hätte der Westen die Welt nicht durch seine Ideen und Werte oder durch die Überzeugungskraft der „Frohen Botchaft“ des Christentums erobert, sondern durch Anwendung organisierter Gewalt: „Oftmals vergessen Westler diese Tatsache, Nichtwestler vergessen sie niemals.“ (68). So wird die „Europäisierung der Erde“ zum schuldbelasteten Problemfall für Europa.

Treffend für die derzeitige geopolitische Situation ist Huntingtons Einschätzung des Islam (168-187). Er beschreibt die „**Resurgenz des Islam**“, seine „Wiederbelebung“, mit der Akzeptanz der Moderne bei gleichzeitiger Ablehnung der westlichen Kultur und deren Rechtsordnung. Der Islam sei die kulturelle, religiöse, soziale und politische Richtschnur für das Leben seiner Anhänger in der modernen Welt. Er sei nicht bloß eine Reli-

gion, sondern eine **Ideologie mit dem Auftrag zur Weltbeherrschung**. Wie wir wissen, kam es im Verlauf der europäischen Geschichte immer wieder zu kriegerischen, die Existenz des Abendlands bedrohenden Konfrontationen zwischen Christentum und Islam, die Huntington im Kapitel „Islam und der Westen“ (334-350) ausführlich erörtert. Eine **Pflichtlektüre für alle Politiker**, die meinen, Integration sei mit dem Glaubensgut des Islam vereinbar!

Thilo Sarrazin, Deutschland schafft sich ab. Die Bilanz nach 15 Jahren (2010/2025) [2]

Sarrazin hatte als Ökonom, Spaltenbeamter und Politiker jahrzehntelang Einblick in die Finanz- und Sozialstruktur Deutschlands. Als sein Buch „Deutschland schafft sich ab“ 2010 - also noch vor dem Schicksalsjahr 2015 - erschien, wurde es zum Bestseller. Sarrazins Warnung, dass der **Weiterbestand Deutschlands in höchster Gefahr sei**, stützt sich auf sorgfältig recherchierte Fakten hinsichtlich Migration und Integration, Bildungswesen und Qualifikation, Geburtendefizit der Deutschen und überproportionale Fertilität der Migranten. Pull-Faktor der Massenimmigration ist das großzügige Sozialsystem. Eine übergeordnete Doktrin würde den Multikulturalismus, das Verschwinden des Christentums, die Islamisierung Mitteleuropas und die Zerstörung der Wirtschaftskraft nicht nur Deutschlands vorantreiben. Die deutsche Politik, durch Sarrazins Erkenntnisse mit der Realität konfrontiert, reagierte empört und sprach von einem „Angriff auf Unsere Demokratie“.

Nun zog Sarrazin 2025, 15 Jahre danach, **Bilanz**. Die Evaluierung zeigt, dass die damals prognostizierten Entwicklungslinien noch viel drastischer in den Untergang

führen würden als 2010 angenommen. Die Politik jedoch bleibt weiterhin auf Linie: Problemvertuschung, Appeasement gegenüber anderen Rechtsordnungen, Schuldgeist, Angst vor Machtverlust und Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch gezielte Kriminalisierung von Kritikern. Das autochthone Volk fühlt sich fremden Kulturträgern gegenüber benachteiligt, wagt aber keinen Widerstand. Während die USA den Einwanderern keinen alimentierenden Sozialstaat anbieten, kombiniert „Europa dagegen... offene Grenzen und eine dysfunktionale Asylpolitik mit einem ausgebauten Sozialstaatsangebot. Wer es als Asylbewerber oder Wirtschaftsflüchtling einmal nach Spanien oder Südtirol geschafft hat, zieht dann im offenen Schengenraum weiter nach Deutschland oder Österreich.“ (512 f.). Noch gäbe es Möglichkeiten für eine **Trendwende**.

Heinrich Birnleitner, Das Projekt Überleben – anstelle uns abzuschaffen (2019) [3]

Dr. Heinrich Birnleitner, Jurist, Diplomat, Wirtschaftsexperte, war als Vertreter Österreichs in Top-Positionen tätig, u.a. beim Europarat in Straßburg, als Stellvertreter des Botschafters in Dakar (zuständig für zehn afrikanische Staaten), bei der UNIDO in Wien und von 1980 bis 1984 als Botschafter im Irak während der Herrschaft Saddams Husseins (2).

Inspiriert durch Sarrazins aufrüttelndes Buch analysierte er 2019 die Situation in Österreich mit dem Ziel, eine **Überlebensstrategie** zu entwickeln. Sein Verdienst ist es, zunächst auf das Fundament, in dem die Entwicklung des Abendlands wurzelt, hinzuweisen: Es ist das Widerspiel zwischen **aristotelischem Wirklichkeitsdenken** und **platonischem Transzendenzan-**

spruch. Unsere Zeit kämpft mit dem Verlust des ideellen Überbaus, der Sinn stiftet und Zukunftsgestaltung ermöglicht. Das Denken bleibt im Materiellen, im Hier und Jetzt, gebunden. Das Christentum als die tragende Säule Europas ist durch Schuldgeist und Anpassung an den Zeitgeist auf dem Weg zur Selbsterstörung. Das christliche **Prinzip der Nächstenliebe**, das im Singular, für die räumliche Nähe und die eigene Gruppe gilt, wird derzeit im Sinn politischer Forderungen global angewendet und ist eine **Einladung zur Masseneinwanderung** (51).

Wie Huntington thematisiert auch Birnleitner, der als Diplomat in islamischen Ländern tätig war, das **Wiedererwachen des Islam**, dessen derzeitige expansive Phase eine sofortige Abwehrreaktion herausfordern müsste (28-59), wären Politiker und Kirche über die Struktur dieser Religion informiert. Sie sollten wissen, dass deren Wertvorstellungen unseren europäisch-christlichen Grundsätzen diametral widersprechen, dass die Ideologie vom Herrschaftsdenken geprägt ist, dass die Anordnungen Allahs im Koran vor allen staatlichen Gesetzen zu gelten haben und dass das Ziel die von Allah vorbestimmte **Weltherrschaft** ist. Die Strategie bestand von Anfang an darin, sich in funktionierende Wirtschaftssysteme ohne eigene Leistungen einzubinden (34, 122). So präsentiert sich der Islam als Erfolgsmodell, dem das Christentum mit seiner „Sklavenmoral“ (Nietzsche) derzeit nichts entgegensetzen kann.

Birnleitners Vorschläge zur Beseitigung von Fehlentwicklungen könnten als **Leitfaden** den - wie Sarrazin überzeugt ist - offenbar an höhere Direktiven gebundenen Politikern und der Kirchenleitung in die Hand gegeben werden.

Hier einige Kernpunkte seines Programms:

- * Umstieg von einer Politik der Öffnung aller Lebensbereiche auf defensive Konzepte (179),

- * Aufbau des Grenzschutzes, einer Kernaufgabe des Staats, da durch das Versagen des EU-Außengrenzschutz-Systems das Einströmen kulturfremder Menschen ermöglicht wird (128),

- * Problematik der Personenfreizügig-

keit als derzeitiger Motor der Bevölkerungsveränderung (130),

- * Trennung von Asylrecht und Einwanderung (190)

- * Evaluierung der Genfer Flüchtlingskonvention (128, 186ff),

- * Möglichkeiten, die Asylgewährung den **Interessen der Österreichreicher** anzupassen (128 f., 186 f.),

- * **Integration** in den österreichischen Wertekanon ist nur bei Einzelpersonen oder kleineren Gruppen möglich. Bei einem größeren muslimischen Bevölkerungsanteil gelten dessen eigene Wertvorstellungen (162),

- * Selbstbestimmung über die Zusammensetzung der Bevölkerung muss eine nationale Kompetenz von Staat, Bundesländern und Gemeinden sein (156 f.),

- * Bedeutung eines restriktiven Staatsbürgerschaftsgesetzes für die politische Weiterentwicklung Österreichs,

- * Diskussion über die auf eine homogene Bevölkerung zugeschnittene Rechtsordnung (128),

- * Beseitigung der **Geburtenverhinderungspolitik** durch Neustrukturierung des Pensionssystems, in dem der Bezug von Alterspensionen an das Vorhandensein von eigenen Kindern gebunden ist sowie die Bindung der Familienförderung an die österreichische Staatsbürgerschaft (194ff),

- * Wiederbelebung und **Stärkung des Christentums** durch Rückbesinnung auf die authentischen Forderungen des Evangeliums (u.a.167 ff).

Noch hält auch Birnleitner eine **Kurskorrektur** für möglich, wenn Politik und Amtskirche die beiden wichtigsten Überlebenschancen erkennen: die **Mobilisierung aller vitalen Kräfte**, um ein Aussterben der Österreicher zu verhindern und die **Wiederentdeckung der Stärke des Christentums**, auf die Kaiser Konstantin vertraute: „In hoc signo vinces“.

Die aktuelle Situation in EU-Europa: eine Faktensammlung

Die **Europäische Union, das ehemalige Wunschziel** vieler Österreicher, hat an Attraktivität verloren. Nach dreißig Jahren EU-Mitgliedschaft unseres Landes (als Nettozahler!) sind viele Illusionen verflogen. Nur die

Hälften aller Befragten (51%) vertrauen der EU, für 38% hat sie ein positives, für 25% ein negatives Image (Eurobarometer, Dez. 2024). Nicht zu Unrecht, denn es ergibt sich folgende höchst problematische **Faktenlage**:

Aus einer 2012 mit dem Friedens-Nobelpreis gekrönten Union europäischer Völker wurde ein Projekt der gelenkten **Konfrontation gegenüber Russland**. Die achtzehn **Sanktionspakete**, die seit 2022 verabschiedet wurden, schaden dem Binnenmarkt mehr als sie den Gegner treffen. Zudem weicht der Wohlstand einer gezielt inszenierten wirtschaftlichen Schwächung im globalen Wettbewerb durch den „**Green Deal**“. Die **Migrationspakte**, deklariert als „Soft Law“, aber durch das **Solidaritätsgebot** in fast allen Mitgliedstaaten durchgesetzt, ermöglichen das Einströmen von Menschen aus Ethnien, die in anderen Wertordnungen sozialisiert sind. So werden die traditionellen europäischen **Völker** grundlegend und irreversibel durch die entstandene „Vielfalt“ in eine neue „**Bevölkerung**“ mit multikulturellen Ansprüchen verändert. Im Schutz des von Kirche und Staat verordneten Toleranzprinzips erreicht der **Islam** kampflos (und finanziert vom Steuerzahler!), was ihm 1683 [Belagerung von Wien] nicht gelang.

Der Anwendungsvorrang des Europa-rechts (Erklärung Nr. 17) schränkt das **Selbstbestimmungsrecht** der Mitgliedstaaten ein. Das **Subsidiaritätsprinzip** (Art. 5 Abs. 3 EUV) wird überspielt, wobei EuGH und EGMR prinzipiell gegen nationale Interessen entscheiden, wie auch das soeben ergangene Urteil in den Rechtssachen C-758/24 und C-759/24 (Sichere Herkunftsländer) zeigt. Bekannt ist die Einflussnahme finanzkräftiger NGO's auf politische Maßnahmen. Dem einheimischen Wähler wird neuerdings seine Entscheidungskompetenz verweigert. Der immer wieder zitierte **Wertekatalog der EU** basiert auf dem Art. 2 EUV und der Grundrechtecharta. Neben dem Prinzip der **Rechtsstaatlichkeit** wird hier der **Nicht-Diskriminierung** (*discriminare: unterscheiden, trennen*) besondere Beachtung geschenkt. Daher dominiert die Umsetzung von Sonderrechten für einzelne Minderheiten den politischen Alltag, wobei sich besonders die „Regenbogen-Community“ profiliert.

Wieder entstand in Europa ein **großer Graben** zwischen West und Ost, denn die Satellitenstaaten der ehemaligen UdSSR, jetzt EU-Mitgliedstaaten, allen voran Ungarn, wehren sich, die Migrationsagenda der EU mitzutragen und bestimmte Forderungen von Minderheiten zu erfüllen. Sie bewahren damit ihre nationale Identität und das christliche Fundament und schützen ihre Gesellschaftsordnung vor der Kulturtransformation. Im Übrigen ist die Europäische Union nur ein Teil des Kontinents Europa. Sie mit „Europa“ gleichzusetzen, widerspricht den geographischen, kulturellen und historischen Fakten. Die Grenze unseres Kontinents ist der Ural. Mit jeder Erweiterung in Richtung Osten (Ukraine!) würde die EU die „kritische Größe“ erreichen, und dies wäre, um **Leopold Kohr** zu zitieren, „Das Ende der Großen“.

Prognosen: Wenn **Huntington** meinte, Ideologien hätten ihre zerstörende Kraft verloren, so unterschätzte er das destruktive Potential einer untergehenden, demoralisierten Zivilisation, in der Naturgesetze und wissenschaftliche Erkenntnisse aus Inkompotenz und Hybris gelegnet werden. Klima- und Genderideologie unterminieren Wirtschaft und Gesellschaft mit dem Ziel einer umfassenden nihilistischen Kulturrevolution. Prosperierende Kulturen würden in die positive Gestaltung der Zukunft investieren.

Fakten: Wenn **Sarrazin** vor einem islamisierten Westeuropa warnt, so interpretiert er die Zeichen der Zeit realistisch, anders als die veröffentlichte (weisungsgebundene?) Meinung.

Lösungen: Wenn **Birnleitner** die Beseitigung der Geburtenverhinderungspolitik und ein Erstarken des Christentums zur Selbstbehauptung fordert (199), dann könnte dies die Rettung Westeuropas wie 1529, 1571 und 1683 einleiten.

Es ist daher an der Zeit, eine **Evaluierung des Projekts Europäische Union** vorzunehmen, denn die Ideologie „No borders, no nations“ ist ein Instrument der Globalisierung. Und es ist Zeit für eine **Neuordnung. Österreich braucht eine Politik der eigenen Interessen**. Ob Trump hier richtungweisend sein könnte?

MMag. DDr. Edith Pekarek
studierte Geographie,
Germanistik und
Rechtswissenschaften
(Schwerpunkt Europarecht)
an der Universität Wien.

Der Artikel wurde im
August 2025 auf
„UNSER MITTELEUROPA“
veröffentlicht:
<https://rb.gy/kvtp37>

Quellenangaben:

[1] **Samuel P. Huntington**, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. 3. Auflage, Mai 2002, W. Goldmann Verlag München. ISBN: 3-442-15190-2. Originaltitel: The Clash of Civilisations.

[2] **Thilo Sarrazin**, Deutschland schafft sich ab. Die Bilanz nach 15 Jahren. 3. Auflage 2025. ISBN: 978-3-7844-3732-3

[3] **Dr. Heinrich Birnleitner**, Das Projekt Überleben - anstelle uns abzuschaffen. BoD Norderstedt. ISBN: 978-3-7481-3639-2

EU-Grundrechtecharta Art.21, Nichtdiskriminierung:

Diskriminierungen insbesondere wegen des **Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe**, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind **verboden**.

Unbeschadet besonderer Bestimmungen der Verträge ist in ihrem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit **verboden**.

Liebe Freunde der IHU und der WEGWARTE!

Wir sind ein gemeinsames Produkt vieler für Volk, Heimat und Natur engagierter Menschen, die seit vielen Jahren auf vielfältige Weise an der Basis wirken. Uns war immer die unmittelbare Arbeit mit dem Volk und im Volk das wichtigste. An die tausend (!) durchgeführten Info-Stand-Aktionen quer durch die Bundesländer mit allen meist mehrtagigen Vor- und Nacharbeiten habe allein ich selbst organisiert und bin dafür am jeweiligen „Standl“ bei sengender Sonne, Sturm, Regen oder anderer Widrigkeiten gestanden im buchstäblichen Sinn des Wortes.

In all den Jahren gab es natürlich auch immer wieder die verschiedensten Reaktionen auf unsere Arbeit

- von Null bis Hundert! Man kann es nie allen Recht machen und es kann und soll ja auch ganz verschiedene Meinungen geben. Konstruktive Kritik haben wir immer ernst genommen und versucht, diese in unserer jeweiligen Weiterarbeit zu berücksichtigen. Aber die größte Motivation für uns waren positive Rückmeldungen, oft von Menschen, die wir gar nicht persönlich kennen. Ohne diese würde es die INITIATIVE HEIMAT & UMWELT gar nicht mehr geben. Eine davon, die uns besonders inspiriert hat, wollen wir unseren Lesern nachstehend auszugsweise wörtlich zur Kenntnis bringen:

„Sehr geehrte Frau Rauscher!
Gerne möchte ich mich bei Ihnen

und Ihrem Team für die so wertvolle Arbeit, die Sie in dieser immer düsterer werdenden Zeit leisten, sowie auch für Ihren Mut herzlich bedanken.

Die WEGWARTE ist ein besonderes Licht, das unser Land erhellt - möge dieses Licht nie ausgehen. Gott zum Gruß!“ Anita L.-H., Wien

Unterschrieben mit voller Adresse von einer offenbar langjährigen Leserin, die uns persönlich nicht bekannt ist. Sollte es uns tatsächlich gelungen sein, bei unseren Lesern ein auch nur annähernd ähnliches Licht durch die Kraft des Wortes erzündet zu haben, war alle Mühe den Aufwand wert! Schon in der

Bibel heißt es: Am Anfang war das Wort. Und dem fühlen wir uns weiter verpflichtet.

Deshalb sollen heute wenigstens einmal die **wichtigsten langjährigen Stützen unserer Arbeit** hier angeführt werden, von denen einige noch heute weiterwirken, aber manche leider dies nicht mehr können oder wollen. Da wir in einem sehr schwierigen politischen Umfeld tätig sind, können wir diese hier nur mit Vornamen anführen, aber unsere Leser seien versichert, daß das IHU-TEAM und deren engere Sympathisanten die alle kennt und

sich diesen weiter verpflichtet fühlt, soweit sie noch leben. Hinter jedem und jeder steht ein **ganz besonderer Mensch**, der für immer Teil der IHU und dem bewußten Teil unseres Volkes bleiben wird:

Wichtigste Info-Stand-Mitarbeiter:

Elfi St., Renate und Roland, Grete und Hans Sch., Ingrid und Fritz W., Gerhard P., Ingrid K., Wolfgang F., Daniel und Claudia J., Josef Z., Michael Sp., Renate und Helmut Sch., Max O., Mar-

lene K., Nadja K., Heidi P., Edda J., Helga F., Josef K., Liane S., Christine E.-S. uva.

Wichtigste Wegwarter-Mitarbeiter:

Christiane Sch., Ilse H., Marlene K., Heidi P., Renate Z., Grete M., Gerolf P., Ernst B., Eduard G.

Sie waren und sind ein ÖSTERREICH, auf das wir weiter bauen können. Habt alle MUT dafür, nur das wird unser Land und seine große Kultur für immer erhalten!

BEREIT SEIN.

**Wichtige Buch-Neuerscheinung mit dem Untertitel:
Wach sein - stark sein - echt sein - wahr sein - Blackout- und Lebenskrisen meistern.
Ein ganzheitlicher Survival-Guide.**

Mein Name ist **Martin Steiner**. Ich habe elektrotechnische Energie an der TU Wien studiert und beschäftige mich seit mehr als 40 Jahren mit den Themen Energie, sogenannter erneuerbarer Energieformen, Energieautarkie, und natürlich auch mit dem Thema Klima.

Der EU-Green Deal hat juristisch zum European Climate Law 21119 geführt, das alle EU-Mitgliedstaaten zur CO2-Reduktion auf Netto Null bis 2050 zwingt. Dies kreiert Katastrophen; ich möchte das darlegen. Dieser EU-Klimawahn hat zum Energiewendewahn geführt mit der irrgen Annahme, einen Kontinent ausschließlich mit Energie aus Wind und Sonne versorgen zu können. Und natürlich auch mit Atomenergie, denn die ist ja seit kurzem zumindest aus politischer Betrachtung auch grün. Technisch wird das nicht möglich sein. Das Ganze wird zur Energiekriese führen, zur Verarmung der Bevölkerung, zur Inflation, zum Kaufkraftverlust, zu Umweltzerstörungen, zur Arbeitslosigkeit und zu einer massiven Blackout-Gefahr.

Ich habe zwei Bücher dazu geschrie-



ben. Das eine heißt EU-Klimawahnsinn; in diesem beschreibe ich mit einem Kollegen die Ursachen des EU-Wahnsinns und des Energiewendewahns und zeige technische Lösungen auf, und zwar für die Politiker, für die Länder und für die Staaten. **Doch was bedeutet das für uns Menschen selbst? Wie können wir uns vorbereiten?**

Dieses Buch klärt über die Ursachen der Krisen auf, wie Krisen entstehen und welche Krisen zu Multikrisen führen können und werden. Meiner Meinung nach befinden wir uns bereits in einer Multikrise, denn wir haben einen gigantischen Kaufkraftverlust unserer gegenwärtigen Währungen Euro und US-Dollar. Die Menschen sind bereits in der Krise und diese wird sich fortsetzen. Wie sind nun diese Krise und die Multikrisen zu lösen? Diese Lösungen habe ich mit meinem wunderbaren Kollegen Eduard Ziegler dargelegt und in diesem Buch aufgezeigt, sowohl auf der technisch-materiellen Ebene als auch auf der emotional-spirituellen Ebene. Sie können das Buch über meine Homepage erhalten bzw. am einfachsten über meine E-mail-Adresse. Sie können mich auch zu einem Vortrag buchen, bei denen ich dieses Buch und diese wesentlichen Informationen für alle darstelle. Ich gehe davon aus und hoffe, wir sehen uns demnächst. Alles Gute!

Das Buch „Bereit sein“ kann bestellt werden unter: steiner@str2030.at, <https://www.str2030.at/Angebote>, Buch kostet ohne Porto € 27,50.

In der Einfachheit und Stille der Natur findet der Mensch die Lebenskraft

*Julius Waldemar Grosse
1828-1902*

Schreiben eines Mitbürgers vom 11.11.2025

Sehr geehrte FPÖ-Führung!

Sie senden mir zwar pausenlos Einladungen zu Expertenveranstaltungen zu, jüngst diese bezüglich „**ist die EU am Ende**“, jedoch sind Sie nicht gewillt, auf meine Schreiben (zuletzt 22.10.), die gleichfalls dieses Thema berühren, fundiert zu antworten. Was soll das bedeuten? Natürlich erwarte ich nicht, dass Herr Kickl persönlich mit dem Federkiel antworten wird, doch wird er ein Team um sich haben, das dazu fähig ist, die Tastatur zu bedienen.

Mein primär angesprochenes Thema ist die Sicherheit Österreichs, die seit mutwilliger Aufgabe der Neutralität durch die Staatsführung (Bundesregierung und Bundespräsident) **nicht mehr** besteht. Die Russische Föderation sieht in Österreich nun einen Feindstaat! Ist ihnen überhaupt bewusst, was das bedeutet?

Die EU-NATO spekuliert mit einem Krieg gegen die Russische Föderation! Abgesehen, dass sie keine reale Chance gegen die russische Militärmaschinerie hätte, legt man sich mit der größten Nuklearmacht weltweit an. Zudem muss bei diesem Spiel erkannt werden, dass die USA in dieser Hinsicht nicht mehr mit von der Partie sind. Deren Prioritäten sind ganz wo anders, vorwiegend im eigenen Land (Wirtschaftssanierung, Totalverschuldung, Verbrechensbekämpfung uam.). Beide Probleme wird die USA nur gemeinsam mit den BRICS-Plus-Staaten lösen können. Die beiden Präsidenten, Trump und Putin, haben sich schon längst auf das Wesentliche geeinigt. Alles andere ist Show für die Dummen!

Aus alldem ist zu schlussfolgern, dass die Führung(en) von EU und deren Mitläufstaaten („die Willigen“) entweder total irre sind und/oder aber Verbrecher an ihren eigenen Völkern.

Damit haben Sie meine klare Antwort auf Ihre EU-Frage: **Raus aus dem Verbrechersyndikat ohne**

Wenn und Aber, rasch, bevor es zu spät ist!

Wie ernst die Lage tatsächlich ist, will ich Ihnen mit folgenden Dokumenten und Beiträgen dokumentieren. Dann erwarte ich endlich ein konstruktives Antwortschreiben, das einem Herbert Kickl würdig ist, ansonsten Sie mich vergessen können. Ich würde Sie dann genauso unglaublich einordnen, wie die von Ihnen zurecht kritisierten Systemparteien!

Sehen Sie nach, was ich Ihnen in den letzten Wochen zukommen habe lassen. Beachten sie die Beiträge!

**Gott zum Gruße,
V.K. aus Wien**

(der Redaktion persönlich bekannt)

Beiträge des Autors:

1) Dokument des Russischen Außenministeriums vom 8.11.2025 mit der Mitteilung, dass Russland die Atomtests wieder aufnehmen wird

2) Videobeitrag: Patrik Baab - Aufgedeckt: „Der Westen lebt in einer Psychiatrie!“; 6.11.2025, <https://rb.gy/lv1m12>

Was die nicht ersichtliche Corona-Aufarbeitung betrifft, weiß ich nicht, was da die FPÖ damit für Probleme hat. Das Ganze ist doch ganz einfach: Alle, die da mitgemacht haben, haben sich des schwersten Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht. Das ist doch juristisch ganz klar und wurde bereits in Nürnberg festgestellt und dementsprechend geahndet. Man muss, wenn man dem Recht entsprechen will, nur dieses Modell hernehmen. Hierzu Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: „Diese Verbrechen verjähren niemals!“ Sie können sein jüngstes Buch als Klageschrift nehmen (vor allem die acht Seiten über die mRNA-Genveränderungs-Spritzen). Alles im Anhang.

3) Videobeitrag: Prof. Dr. Sucharit Bhakdi: «Leider ist mein Fach das ideale Machtinstrument», 6.11.2025 <https://rb.gy/pyk0sz>

ihu@a1.net
www.heimat-und-umwelt.at

WEGWARTE Mitteilungen der Initiative Heimat & Umwelt,

35. Jahrgang, Folge 5, Dezember 2025, ZulassungsNr. "SP20Z042089S",

Druck: Hannes Schmitz, 3400 Klosterneuburg,

Impressum: Medieninhaber/ Herausgeber/Verleger:

**Initiative Heimat & Umwelt, 3424 Zeiselmauer, Hagengasse 5,
Tel.: 0664/489 37 97 oder 0664/425 19 35, ihu@a1.net**

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 26.11.2025,

Spendenkonto: IBAN: AT36 6000 0000 0748 3053, BIC: OPSKATWW

Warum „WEGWARTE“?

Als Name für unseren, etwa alle zwei Monate erscheinenden Informationsdienst an viele Bürger in allen Bundesländern haben wir die Symbolblume der „Initiative Heimat & Umwelt“ gewählt. Die „Wegwarde“ ist eine zartblau blühende, sperrige, ausdauernde und anspruchslose Wildpflanze. Sie wächst vorwiegend an Straßen-, Weg- und Ackerrändern und ist fast über die ganze Welt verbreitet.

Die „**Initiative Heimat & Umwelt**“ (IHU) ist eine freie und unabhängige Arbeitsgemeinschaft. Seit 35 Jahren werden unsere Aktivitäten **ausschließlich ehrenamtlich** und uneigennützig geleistet. Wir erhalten keinerlei Subventionen; die Finanzierung erfolgt durch **freiwillige Kostenbeiträge** österreichischer Bürger und durch immer wieder beträchtliche private Beiträge der engsten Mitarbeiter.

WIR DANKEN allen moralischen und finanziellen Unterstützern unserer Arbeit ganz herzlich und hoffen, daß es noch viele mehr werden!

BITTE benützen Sie den beiliegenden Erlagschein oder überweisen Sie einen Kostenbeitrag je nach Ihren persönlichen Möglichkeiten von Ihrer Bank aus. Auch in einem Kuvert mitgeschickte Barspenden erreichen uns verlässlich. Gerne würden wir die „Wegwarde“ auch an mögliche Interessenten für unsere Anliegen aus Ihrem Freundes- und Verwandtenkreis senden; bitte geben Sie uns solche Adressen bekannt. Danke im voraus für Ihre Mühe!

Hinweis für Neu- oder Wieder-Empfänger: Erhalten Sie die „Wegwarde“ heute zum ersten Mal oder seit längerem wieder einmal, senden Sie uns bitte einen kleinen Kostenbeitrag. Dann kommen Sie in die Versandliste für jede Ausgabe dieser unabhängigen Zeitschrift ohne Firmen- oder Parteieninserate!

Ist die EU-Mitgliedschaft mit der Neutralität überhaupt vereinbar?

Schon Kreisky hat als langjähriger Außenminister und Bundeskanzler Österreichs diese Frage verneint und einen EU-Beitritt immer abgelehnt. Stattdessen wurde Österreich Gründungsmitglied der EFTA, einer inter(nicht supra-)nationalen Organisation zur ausschließlichen Regelung der Handelspolitik der Staaten untereinander ohne politische Bevormundung wie bei der EU. Damit ist Österreich sehr gut gefahren! Wie kam es dann zum EU-Beitritt?

1987 stellte die FPÖ im Parlament den **Antrag auf Vollmitgliedschaft** bei der (damals noch) EG. Der Antrag war vom damaligen Partei- und Klubobmann „**Dr. Jörg Haider**, Dr. Gugerbauer und Genossen“ gemäß Parlamentsprotokollen unterschrieben. Dieser Antrag wurde von den anderen Parteien zunächst abgelehnt, zwei Jahre später jedoch brachten ÖVP und SPÖ einen ganz ähnlich lautenden Antrag auf Vollmitgliedschaft dann selbst im Parlament ein und dann erhielt er eine Mehrheit. So kam der unheilvolle Beitritt ins Rollen.

Wie aber kam der Schwenk vor allem der ÖVP zustande, die ja durch Raab und Figl großen Anteil gehabt hatte an einer der segensreichsten Entscheidungen der 2. Republik, nämlich des Zustandekommens der immerwährenden Neutralität Österreichs als Grundlage des Staatsvertrages? Das wissen heute nur mehr die wenigsten. In einer damaligen „Mittagsjournal“-Sendung des ORF wurde der zu diesem Zeitpunkt amtierende Generalsekretär der Industriellenvereinigung, einer der Hauptpropagandisten des EU-Beitritts, **Dr. Herbert Krejci**, vom interviewenden Reporter folgendes gefragt: „Was sagen Sie dazu, daß Ihr Parteiobmann **Dr. Alois Mock** gegen den EG-Beitritt ist?“ Daraufhin sagte Krejci - live übertragen vor laufendem Hörfunk-Mikrofon: „**Da wird eben wer den Stauffenberg spielen müssen.**“ Für unsere jüngeren Leser: Das war de-

facto eine öffentliche Morddrohung gegen Mock; Stauffenberg war der Hitler-Attentäter. Wenig später war Mock dann ebenfalls für den EG-(später EU-)Beitritt und wurde in der Folge zu einem der glühendsten Verfechter desselben.

Beim dann nach dem durch völlig falsche Versprechungen herbeigeführten Ergebnis der EU-Volksabstimmung erfolgten **Parlamentsbeschuß des EU-Beitritts** waren sowohl der britische als auch der amerikanische Botschafter in Österreich auf der Parlamentsgalerie anwesend, was nie vorher und nie nachher der Fall war. ÖVP und SPÖ stimmten geschlossen dafür, FPÖ und Grüne etwa halbe/halbe dafür und dagegen. Noch heute steht der Verdacht im Raum, daß das zahlenmäßige Abstimmungsergebnis hinter den Kulissen so abgesprochen war, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit dafür zustande kam.

Österreich hatte zwar im Beitrittsansuchen (schon dieser Begriff war untertägigst) sowie in einem offiziellen Brief des Außenministers Mock einen „Neutralitätsvorbehalt“ formuliert, aber dieser wurde niemals in die Praxis umgesetzt. Es war leider eine „Mogelpackung“. Das begann schon beim Mittragen der UNO-Sanktionen im Irak-Krieg. Sanktionen sind ein Wirtschaftskrieg und natürlich **nicht** Neutralitätskonform. Dann ging es weiter mit dem österr. Beitritt zur sogenannten „NATO-Partnership for Peace“, dem Mittragen weiterer NATO-Programme und nun sogar der Absicht der österr. Regierung, beim milliardenschweren NATO-Programm „Sky Shield“ mitzumachen.

Wie Neutralitäts-widrig das alles ist, erklärte Völkerrechtler **Univ. Prof.i.R. Dr. Michael Geistlinger** aus Salzburg bei einer kürzlichen Podiumsdiskussion des „Neuen Klubs“ in Wien. Er hat auch ein Gutachten dazu erstellt, das auf der Webseite nfoe.at eingesehen werden kann. Er war von Anfang

an der fundierten Meinung, daß die EU-Mitgliedschaft insbesondere mit der **immerwährenden NEUTRALITÄT** unvereinbar ist.

Diese ist nämlich weit mehr als ein schönes Wort, es ist eine im universellen Völkerrecht gemäß den **Haager Friedenskonventionen von 1908** klar definierte Haltung eines Staates, die an strikte Kriterien gebunden ist, die einen solchen Staat international schützt. Alle früheren und heutigen Politiker, die diese immerwährende NEUTRALITÄT gefährden, sind Verbrecher an der Sicherheit Österreichs! Die immerwährende Neutralität Österreichs wurde allen Staaten der Welt per diplomatischen, rechtsverbindlichen Noten mitgeteilt und von allen anerkannt.

Jeder Außenminister eines Staates trifft Entscheidungen und Aussagen, die für diesen Staat nach außen verbindlich sind ebenso wie die des Bundeskanzlers. Er/sie hat damit eine spezielle Verantwortung, die über die „normale“ Ministerverantwortung hinausreicht. Daher sind alle aufgerufen, nie wieder den SUPEERGAU - den größten anzunehmenden Unfall, nämlich die BEATE und ihre so gar nicht Neue-Partei jemals wieder zu wählen!

Verzweifelte Österreicher, die ihr Land lieben, haben bei dem allen nur einen Trost. Auch wenn derzeit offiziell alles getan wird, um die vor allem immerwährende Neutralität los zu werden, es wird nicht gelingen. Denn diese wurde von Ost bis West - sowie von allen damals überhaupt bestehenden Staaten - in der ganzen Welt bestätigt. Und das gilt noch heute! Das Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität Österreichs wurde vor allem von den Signatarmächten des Staatsvertrages, dem wir unsere nationale Existenz verdanken, und zwar sowohl von der damaligen Sowjetunion als auch von den Westalliierten, bestätigt. Das zu gefährden, grenzt an kollektiven Selbstmord!